Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 709**
18. Wahlperiode **16.10.2026**

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2023 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 19: Organisation und IT des Landesarchivs Baden-Württemberg

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 13. März 2025 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 17/8351 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis zum 31. Oktober 2026 erneut zu berichten.

(Der Beschluss bezieht sich auf Abschnitt II des Beschlusses des Landtags vom 7. März 2024 – Drucksache 17/5719:

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. *die Aufbauorganisation des Landesarchivs Baden-Württemberg straffer und schlanker zu gestalten, insbesondere durch Auflösung der kleinteiligen Referatsstruktur;*

2. *die im Landesarchiv wahrgenommenen Querschnittsaufgaben – mit Ausnahme der eindeutig standortbezogenen Tätigkeiten – in der Abteilung „Zentrale Dienste“ zu konzentrieren;*

3. *die tatsächlichen Bestände der analogen Verwaltungsunterlagen in den Dienststellen der Landesverwaltung zu erheben;*

4. *auf dieser Grundlage den Personalbedarf des Landesarchivs für die Bearbeitung des analogen Archivguts zu ermitteln und ein Konzept zum mittel- bis langfristigen Personalbedarf und -einsatz zu erstellen;*

Eingegangen: 16.10.2026 / Ausgegeben: 30.10.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

5. den zukünftigen Bedarf an Magazinflächen zu ermitteln und damit die Grundlage für geeignete Standort- und Raumlösungen zu schaffen;

6. die Migration der Standard-IT des Landesarchivs zur BITBW vorzubereiten;

7. Ziele konkreter zu formulieren und zusätzliche Kennzahlen zu bilden sowie fortzuschreiben.)

Bericht

Mit Schreiben vom 16. Oktober 2026, Az.: MWK55-0141-38/2/10, berichtet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Ziffer 1:

Seit dem letzten Bericht wurde die Reduzierung von 31 auf 20 Referate mit durchschnittlich 9,9 Personalstellen (Vollzeitäquivalente, ohne befristet Beschäftigte) und nur sehr wenigen Mehrfachzuordnungen von Mitarbeitenden zu Organisationseinheiten vollständig umgesetzt. In den 20 Referaten sind auch die zuvor als Außenstellen bezeichneten, räumlich entfernten Organisationseinheiten enthalten.

Zu Ziffer 2:

Aufgrund der räumlichen Aufteilung des Landesarchivs auf elf Standorte in mehr als 20 Gebäuden ist eine Konzentration der Querschnittsaufgaben weiterhin nur eingeschränkt möglich. In der Abteilung „Zentrale Dienste“ hat das Landesarchiv im Bereich Haushalt seit dem letzten Bericht eine Zentralisierung von Aufgaben umgesetzt. Im Bereich Personal wurden die Querschnittsaufgaben durch die Nachbesetzung vakanter Stellenanteile im Herbst/Winter 2024 konzentriert.

Zu Ziffern 3 und 4:

Die bis Januar 2024 durchgeführte Erhebung der Bestände analoger Verwaltungsunterlagen ergab, dass sich in den Registraturen der anbietungspflichtigen Stellen noch über 2 000 Regalkilometer an Papierakten befinden. Diese müssen dem Landesarchiv zur Aussonderung angeboten werden. In der Regel ist von einer Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren auszugehen. Um den Arbeitsaufwand und den damit einhergehenden Personalbedarf besser abschätzen zu können, plant das Landesarchiv, Aussonderungsreferentinnen und -referenten im nächsten Schritt vornehmlich dafür einzusetzen, in Zusammenarbeit mit den anbietungspflichtigen Stellen einen konkreten Aussonderungsplan zu erarbeiten.

Zu Ziffer 5:

Für die in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch zu übernehmenden archivwürdigen Papierunterlagen kalkuliert das Landesarchiv mit einem Mehrbedarf an Magazinkapazitäten für insgesamt ca. 150 weitere laufende Kilometer Archivgut. Unter der Annahme einer Unterbringung in griffhohen Rollregalen wird als Orientierungswert von mindestens 10,5 laufenden Metern Archivgut pro Quadratmeter Magazinfläche ausgegangen. Unter dieser Prämisse werden rund 14 300 m² an zusätzlichen Magazinflächen benötigt. Die Größe der zusätzlichen Magazinflächen ist dabei abhängig von den baulichen Bedingungen der Unterbringung wie u. a. Raumgröße und Deckentraglast. Dies vor allem bei einer Unterbringung in Bestandsgebäuden. In diese Flächen ist ein Hochsicherheitsmagazin am Standort Ludwigsburg von noch festzulegender Größe eingeschlossen, das den Standards zur Lagerung von Verschlusssachen-Schriftgut entsprechen muss.

Zu Ziffer 6:

Die bisher geltende Ausnahme von der BITBW-Nutzungspflicht für das Landesarchiv endet mit Ablauf des Jahres 2026. Um die IT-Infrastruktur des Landesarchivs insbesondere mit Blick auf die Gewährleistung des erforderlichen IT-Sicherheitsniveaus an den Landesstandard anzugleichen und die E-Akte im Landesarchiv einführen zu können sowie um einen effizienten Zugriff auf die landeseinheitlichen Verwaltungsanwendungen zu gewährleisten, ist eine Migration der Standard-IT (BK mit Clients, Netzanbindung/lokale Netze, lokale Server, LAN/WLAN, E-Mail, Mobile Device Management, Videokonferenzen, Einbindung der Digitalisierungstechnik) mit Anbindung an die Fachverfahren und großmaßstäbigen Speichersysteme im BelWü-Netz bzw. im Rechenzentrum der Universität Tübingen (ZDV Tübingen) vorgesehen. Eine Migration der Fachverfahren und Speichersysteme des Landesarchivs zur BITBW wurde aus wirtschaftlichen und zweckmäßigen Gründen verworfen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Teilmigration der IT-Infrastruktur des Landesarchivs zur BITBW war die Entwicklung einer technischen Lösung für einen Netzübergang zwischen BelWü bzw. dem Netz des Zentrums für Datenverarbeitung der Universität Tübingen (ZDV) und dem Landesverwaltungsnetz (LVN). Das hierzu im Juni 2023 zwischen der BITBW, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie dem Landesarchiv vereinbarte Vorprojekt wurde im April 2025 mit einer Konzeption abgeschlossen.

Weiterhin bestehende Bedenken des Bereichs Informationssicherheit der BITBW konnten in einem zweiten Vorprojekt im Frühjahr 2026 durch ein Lösungskonzept für eine tragfähige Sicherheitsarchitektur ausgeräumt werden.

Mitte März 2026 übermittelte das Accountmanagement der BITBW dem Landesarchiv ein Angebot zur Durchführung der Migration (406 667 €) sowie für die jährlichen Betriebskosten bei Übernahme der Standard-IT (1 368 564 €). Da das Landesarchiv diese Kosten nicht aus seinem Haushalt bestreiten kann, wurden sie im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren als Mehrbedarf ab dem Haushaltsjahr 2027 beantragt.

Zu Ziffer 7:

Während des Berichtszeitraums hat das Landesarchiv seine Strategie weiter ausgearbeitet und daraus einen Strategieplan mit strategischen Zielen, Maßnahmen und Schritten entwickelt. Dieser umfasst zunächst den Zeitraum von 2026 bis 2028. Der Strategieplan wird schrittweise umgesetzt, nach Bedarf aktualisiert und über den Dreijahreszeitraum hinaus fortgeschrieben.

In den kommenden Jahren wird die Definition von Input-Kennzahlen für Mengengerüste und Ressourceneinsatz als Aufgabe innerhalb des Strategieplans weiter umgesetzt. Darüber hinaus wird das Jahresplanungsverfahren im Landesarchiv aktuell zu einer abteilungsübergreifenden, themenfeldbezogenen Jahresplanung in Anlehnung an die entwickelte Strategie umgestellt. Diese bildet den Ressourceneinsatz besser ab als das bisherige Format.